

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.  
Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 83.  
Für unerlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Redaktionspreis: Die Abnahme für den Jahreslauf des Anzeigers beträgt 120 Mark. Bei halbjähriger Abnahme 60 Mark. Bei vierteljährlicher Abnahme 30 Mark. Bei monatlicher Abnahme 10 Mark. Bei Abnahme für den Auslandverkehr sind die Postgebühren zu zahlen. Die Abnahme für den Auslandverkehr ist nur gegen Vorzahlung zu erfolgen. Die Abnahme für den Auslandverkehr ist nur gegen Vorzahlung zu erfolgen. Die Abnahme für den Auslandverkehr ist nur gegen Vorzahlung zu erfolgen.

Nr. 303

Dienstag, den 31. Dezember 1918

13. Jahrgang

### Anwachsen der Polengefahr.

Erste Unruhen in Oberschlesien.

#### Ebert-Scheidemann.

Die Lösung, die die Reichsregierungskrise gefunden hat, ist zu begrüßen. Jedem Einsichtigen war es schon längst klar, daß die Volksbeauftragten in ihrer bisherigen Zusammensetzung nicht regierungsfähig waren. Besonders nicht seit dem Augenblick, wo der Wahlkampf für die Nationalversammlung einsetzte. Mit einem Schläge veränderten sich da die unabhängigen Regierungsmitglieder Barth und Haase aus Volksbeauftragten in Parteimänner. Es gab für sie keine Rücksicht, nur noch Parteinteressen, kein Verantwortungsgefühl vor der Gesamtheit, sondern nur noch die Macht, den Stimmenumfang durch Parteidoktrin und Demagogie. Sozialismus war ihre Losung — Sozialismus um jeden Preis, um die aufgeregte, verhegte Masse nicht zu verlieren — und so hinderten sie den Kampf gegen Liebknecht und Spartakusklub.

Damit bewiesen sie jedem, der politisch zu denken vermag, daß sie selbst regierungsunfähig seien, wie jede Oppositionspartei, die nur über schwache Minderheiten verfügt, die Sonderinteressen über Volksinteressen stellt. Die Regierung in sich unelms, mußte versagen, denn während die einen nach rechts strebten, zogen die anderen nach links und man kreuzte sich im Nichtstun.

Opposition, Politik, ist gesund, nur darf sie nicht innerhalb der Regierung gemacht werden, die zum Handeln verpflichtet ist, sondern muß von außen gegen die Regierung kämpfen. Die Wehrheitssozialisten wiederum betonen als Hauptpunkt das demokratische Moment, das Moment der Volksselfsregierung und des Volksvertrauens. — Damit sind sie allein und auf sich selbst gestellt, durchaus regierungsfähig. Sie werden kontrolliert durch die Opposition von links und rechts und sind lediglich dazu verpflichtet, für unbedingte Ordnung und Ruhe zu sorgen, damit die Parteien und das Gesamtvolk entsprechend ihrer wahren Meinung sich gliedern und die Wehrheiten in richtigem Verhältnis zum Volkswillen in die Nationalversammlung einbringen können.

Die Kundgebungen der neuen, gesäuberten, einheitlichen Regierung sind gut und kraftvoll, hoffentlich bleibt es nicht bei schönen Worten. Es gilt, unter allen Umständen Spartakus zu entwaffnen, oder die Herrschaft zu betreiben, denn das Übergewicht von Waffen, der Militarismus, die Diktatur müssen aus der Politik verschwinden. Dem Kaiser sind die Abtrünnigen und Kisten gefolgt, das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, daß den Haase, Dittmann, Barth usw. die Preussischen unabhängigen Minister Hoffmann usw. folgt sind, daß auch in Preußen die W. S. D. die Regierung allein übernommen haben — trotzdem noch nichts davon zu hören, daß in Sachen die Trennung sich ebenfalls vollzogen hätte. Und doch ist es zu fordern, daß auch hier sofort die W. S. D. allein die Regierung bilden und alle unabhängigen ausschließen, um über die Wehrheitswünsche kann keine Frage sein nach dem Ausfall der W. und S. Wahlen.

Selbst die radikalste Regierung ist besser als eine schlaffe, aus inneren Meinungsverschiedenheiten handlungsunfähige Regierung. Scheiden Sie aus, meine Herren Unabhängigen! Schließen Sie sich getrost in den Wahlkampf, vielleicht kommen Sie als Mehrheit in die W. S., dann können Sie mit besserem Recht regieren als jetzt.

#### Zur inneren Lage.

Ein Aufruf des Berliner Zentralrates.

Schlagt u. a.: Wie man auch zu den politischen Fragen der Gegenwart stehen mag, es kann jetzt nur eine einzige Aufgabe geben das ist die Schaffung einer arbeitstfähigen Regierung. Vom Vertrauen des Volkes getragen, muß die Regierung dem deutschen Volke vor allem Frieden und Brot bringen, die Errundensachen der Revolution klären und die Einheit des deutschen Volkes aufrecht erhalten. Wie wollen alle Versuche bereiten, die von rechts unternommen werden können, eine Gegenrevolution zu organisieren. Wir müssen aber auch darauf achten, daß die Revolution nicht in Verfall gebracht wird durch das Treiben der Spartakusgruppe, die nach bolschewistischem Rezept einen Terrorismus ausüben möchte, der mit Demokratie unvereinbar ist. Wer hierbei nicht

mitarbeitet, der verhindert die Ausführung der Beschlüsse des Kongresses der W. und S. Räte, der verhindert die Sozialisierung der dazu reifen Unternehmungen und treibt das deutsche Wirtschaftsleben in den Abgrund. Ohne Arbeit ist das deutsche Volk rettungslos verloren. Niemand darf sich heute der Arbeit entziehen. Alle Sonderwünsche müssen vor dem Grundsatz zurücktreten: Alles für das Volk und alles durch das Volk.

Auch preussische Minister treten zurück.

Nachdem die drei Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth infolge des Beschlusses des Zentralrates ihren Austritt aus der Regierung erklärt haben, haben auch die preussischen Minister, die der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören, sich entschlossen, aus der Regierung auszutreten. Es handelt sich um Dr. Breitscheid, Hofer, Hoffmann und Ströbel.

Die Entente und die vorläufige deutsche Regierung.

Die Neue Badische Landeszeitung meldet aus Berlin: Die Waffenstillstandskommission der Entente erklärte, daß sie nur mit Bevollmächtigten, die die Unterzeichnung vom Prinzen Max von Baden und Hindenburg haben, verhandeln werde. Erzberger habe sich mit dieser Bedingung einverstanden erklärt. (P.)

Die Haltung der Unabhängigen und Radikalen.

Den unabhängigen bisherigen Regierungsmitgliedern liegen Anträge von den Soldaten- und Arbeiterräten radikaler Richtung in Bremen und anderen Städten des Reiches vor, eine selbständige Regierung der Unabhängigen und Radikalen für das Reich außerhalb Berlins unverzüglich zu bilden. (1)

Seitliche Maßnahmen gegen den deutschen Volkswillen.

Nach Meldungen über Paris werden in Innsbruck große Truppenmassen konzentriert. Wäre in der letzten Woche sind drei neue italienische Divisionen in Triest eingetroffen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Truppenansammlungen gegen München und Süddeutschland gerichtet sind, um im Falle von bolschewistischen Unruhen Vorgehungen in Süddeutschland vorzunehmen. — Das Pariser Blatt Homme Libre schreibt: Im besetzten Gebiet sind Sendboten der Berliner Bolschewisten festgestellt worden. Ihre Aburteilung erfolgt durch die Kriegesgerichte der Alliierten. Wiederholen sich diese Vorkommnisse, so werden die Alliierten die Auslieferung der Berliner Bolschewisten genau so verlangen, wie sie die Auslieferung Wilhelms II. von Holland fordern.

Die Verluste des 24. Dezembers in Berlin.

In Berlin wurde von dem Kommandanten der Matrosendivision bekanntgegeben, daß die Gesamtzahl der Opfer des 24. Dezembers 72 Tote und 140 Wundete betragen habe. Das Militär habe allein über 80 Tote zu beklagen gehabt.

Prinz Max von Baden demokratischer Kandidat.

In Heidelberg ist von der Deutschen Demokratischen Partei Prinz Max von Baden als Kandidat für die deutsche Nationalversammlung aufgestellt worden.

#### Die Steuerpläne der Reichsregierung

Eingziehung der Kriegsgewinne geplant.

Der Rat der Volksbeauftragten hat im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamt folgendes beschlossen:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form einer außerordentlichen Abgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 28. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt und die Erhebung der Abgabe von Kriegsgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 18. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerrücklage in Höhe von 80 vom Hundert des Kriegsgewinnes gegenüber bisher 60 vom Hundert vorgeschrieben worden ist, ferner eine außerordentliche Abgabe vom Vermögenszuwachs, durch

welche die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung hergestellt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juli 1918 gezahlte Steuer wird angerechnet.

2. Von dem nach Eingziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit der Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögenslage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden. Um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen oder besonders auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

3. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weitergeleiteter Progression mindestens für diese Einkommensstufen eingeführt wird.

4. Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweitertem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragsteuer soll die Erträge des Kapitals (Coupons, Dividenden, Hypothekenzinsen), eine Betriebsertragssteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

5. Die Erwerbsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden, sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabensatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

6. Eine besondere Abgabordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neuzubeherrschende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

#### Die künftige deutsche Reichsverfassung.

Der Präsident, das Volk und das Staatshaus.

Ueber die künftige Verfassung der deutschen Republik, wie sie der Nationalversammlung vorgelegt werden dürfte, teilte der Volksanw. mit: An die Spitze der deutschen Republik wird ein vom ganzen Volke in direkter Wahl gewählter Präsident treten. Es schweben noch Erörterungen darüber, ob als gewählt der Wahlbereiber gelten soll, der die relative oder nur über die absolute Mehrheit hat. Die gesetzgebenden Körperschaften selber werden aus einem Volkshaufe, das aus allgemeinen, direkten Wahlen hervorgeht, und einem Staatshause, dessen Mitglieder von den Bundesstaatl. gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden, bestehen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern und den gesetzgebenden Körperschaften und dem Präsidenten soll der direkte Appell an das Volk in der Form des Referendums erfolgen. In dem Staatshause wird den einzelnen Staaten die Stimmengahl nach einem bestimmten Bevölkerungsmaßstabe zugeteilt werden; doch soll kein Staat mehr als 28 Stimmen erhalten, wobei angenommen wird, daß auf je eine Million Angehöriger des deutschen Volkes eine Staatshausstimme entfällt, so daß das Staatshaus ungefähr 89 Stimmen zählen könnte. Die 28 Stimmen des größten Staates würden danach, gleichviel, wie hoch seine tatsächliche Bevölkerungszahl ist, höchstens ein Drittel darstellen. Man denkt daran, daß die Funktionen Bundesstaaten eine durchschnittliche Größe haben sollen, deren untere Grenze bei drei bis vier Millionen, deren obere Grenze bei sieben bis acht Millionen liegt. Die Formung der neuen Bundesstaaten muß den lokalen und provinziellen Bedürfnisse und Wünschen entsprechen bleiben, wobei natürlich zwischen diesen Forderungen und den Interessen des Reiches ein Abwägung

Abgegeben, Kunstf., Verungsamt, Weidmann, halt m. d. S., betr., mittag, dtver, mgeg., dchen, beroda., an, usit., Richter., m, ohne Woh., 1.2.5000, statten erb., 4-4imm., beh., mögl., eten gelucht., geb., eheten., kleiner an-, Werkstat., gelucht., icht, ammer., Trauchl., uvegor, gelucht., s. Bl., na gelucht., raten über, abnung, 800 Mt., wo, jten kann., T. 5993 an, H. u. beygul., m mer, icht., A. T. 6029, n Expedition., ten auf den, r, Maltes., rhammerin., ein großer, in Forten ge-, inder beof., Pleßherms., mb. Str. Sabs., wurde am, Sonntag, r gestlicher, Janß-Str., Der ehliche, selbigen, g. Wlber-, abgeben., g. geluchten, jn. auf der, träge, verstoff mit, (Monogr.), des chr, die Exped., er-, mantel, er Trauchl., mit, Jungen, u zu vert., L. H. S.